

BIETIGHEIMER ZEITUNG

Donnerstag, 29. Oktober 2020
44. Woche / Nummer 251
Euro 2,00
www.bietigheimerzeitung.de

BISSINGER ANZEIGER
BISSINGER ZEITUNG
SACHSENHEIMER ZEITUNG
BÖNNIGHEIMER ZEITUNG

SÜDWEST PRESSE Partner für den Landkreis Ludwigsburg · Unabhängiges und überparteiliches Presseorgan · ENZ- UND METTER-BOTE · BIETIGHEIMER TAGBLATT

Aus Stadt und Kreis



Pflegeheime sehnen Schnelltests herbei

Kreis Ludwigsburg. Von den Corona-Schnelltests versprechen sich Pflegeheim-Betreiber im Kreis die Chance, Corona-Ausbrüche eindämmen zu können.

Aus Stadt und Kreis Seite 12

„Mediale Steinzeit in vielen Schulen“

Kreis Ludwigsburg. Dass die Digitalkompetenz der Lehrer niedrig ist, überrascht den PH-Professor Thomas Knaus nicht. In der Pädagogen-Ausbildung sei oft zu wenig Zeit dafür.

Aus Stadt und Kreis Seite 9

Flächen für 15 Jahre in Reserve

Kreis Ludwigsburg. Der Gemeindeverwaltungsverband Bönnigheim, Erligheim, Kirchheim hat jetzt den Entwurf des Flächennutzungsplanes verabschiedet.

Aus Stadt und Kreis Seite 13

Das Wetter

im Landkreis Ludwigsburg



Die Region online

Wie läuft der Tag in Bietigheim-Bissingen, in Bönnigheim, Sachsenheim und der Region Ludwigsburg? Alle Nachrichten gibt es zu jeder Zeit im Internet unter bietigheimerzeitung.de und auf [Facebook](https://www.facebook.com/bietigheimerzeitung) Die Region auf einen Blick – schnell, informativ und unterhaltsam.

BIETIGHEIMER ZEITUNG SACHSENHEIMER ZEITUNG BÖNNIGHEIMER ZEITUNG

So erreichen Sie uns:

Leserservice/Abo

Montag – Freitag, 7.30 – 16.00 Uhr
Telefon 07142 / 403-231
Fax 07142 / 403-122
leserservice@bietigheimerzeitung.de

Anzeigen

Montag – Freitag, 9.00 – 17.00 Uhr
Telefon 07142 / 403-555
Fax 07142 / 403-125
anzeigen@bietigheimerzeitung.de

Redaktion

Telefon 07142 / 403-410
Fax 07142 / 403-128
redaktion@bietigheimerzeitung.de

Druck- und Verlagsgesellschaft Bietigheim mbH

Kronenbergstraße 10
74321 Bietigheim-Bissingen
Telefon 07142 / 403-0
www.bietigheimerzeitung.de



Merkel setzt Lockdown durch

Von Montag an müssen die Deutschen wieder mit deutlich härteren Einschnitten leben. Im Kampf gegen das Coronavirus werden die sozialen Kontakte eingeschränkt. Besonders betroffen sind Gastronomie, Kultur und Sport.

Themen des Tages

Eltern unzufrieden mit Eisenmanns Schulpolitik

Umfrage Die Baden-Württemberger kritisieren mehrheitlich das Krisenmanagement im Bildungsbereich. Viele kennen die Kultusministerin gar nicht. Von Axel Habermehl

Schlechtes Zeugnis für Susanne Eisenmann: Viele Baden-Württemberger sind unzufrieden mit der Schulpolitik in der Corona-Krise und mit der CDU-Kultusministerin selbst. Das geht aus dem „BaWüCheck“ hervor, einer repräsentativen Befragung des Allensbach-Instituts für Demoskopie im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage.

Die Befragten loben zwar überwiegend die Pandemie-Politik der Landesregierung insgesamt – die Schulpolitik aber nehmen sie aus. So bewertet eine Mehrheit die Arbeit von Grün-Schwarz bei der Bekämpfung der Corona-Krise als gut (51 Prozent) oder sehr gut (9 Prozent), während nur ein gutes Drittel weniger gute (23 Prozent) oder keine gute (11 Prozent) Arbeit attestiert.

In der Schulpolitik sieht das anders aus. Hier äußert die Mehrheit kritische Meinungen.

35 Prozent der Befragten erkennen in dem Bereich „weniger gute“, 22 Prozent sogar „keine gute Arbeit“. Dagegen sehen 31 Prozent „gute Arbeit“ und lediglich drei Prozent „sehr gute Arbeit“ in dem von der Kultusministerin Eisenmann verantworteten Ressort.



Über Eisenmann selbst, die auch als Spitzenkandidatin der CDU für die Landtagswahl im Frühjahr 2021 antritt, trauen sich die meisten Befragten kein Urteil zu. Ein knappes Drittel (32 Prozent) kennt sie gar nicht, fast ebenso viele

(30 Prozent) haben keine gute Meinung von ihr. 28 Prozent äußern sich unentschieden, 10 Prozent geben an, eine gute Meinung von Eisenmann zu haben. Besonders misslich für die Ministerin: Bei direkt Betroffenen ihrer Politik, bei Eltern von Schul- oder Kita-Kindern, ist sie zwar deutlich bekannter, aber noch unbeliebter: Hier haben 39 Prozent keine gute Meinung von

ihr – nur 14 Prozent eine gute. Die Umfrage stützt sich auf 1000 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 18 Jahre. Im Rahmen

des „BaWüChecks“ sind weitere Umfragen zu anderen Themen geplant. [Kommentar und Südwestumschau](#)

Die Situation an den Schulen

„Die Schulen stehen wegen der Corona-Krise vor enormen Herausforderungen. Wie bewerten Sie die Situation seit Ausbruch der Corona-Krise? Was trifft auf die Situation an den Schulen in Baden-Württemberg zu?“ (Antworten in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

| | Bevölkerung: | Eltern: |
|---|--------------|---------|
| Es fallen nach wie vor viele Unterrichtsstunden aus | 47 | 48 |
| Der Lehrermangel an den Schulen hat sich gravierend verschärft | 41 | 45 |
| Viele Schulen haben kein überzeugendes Hygienekonzept | 29 | 30 |
| Viele Lehrer haben sich wegen Gesundheitsrisiken vom Unterricht befreien lassen | 28 | 34 |
| Die meisten Schulen kommen gut mit der Situation klar | 20 | 22 |
| Die Maskenpflicht an den Schulen wird eingehalten und ausreichend kontrolliert | 18 | 25 |

GRAFIK BOCK / QUELLE: IFD-ALLENSBACH

Kommentar
Ulrich Becker
zur Kritik an
der Schulpolitik



Kein gutes Zeugnis

Hätten Sie alle Tageszeitungen des Landes abonniert, würden Sie heute morgen staunen: Nicht nur über den erneuten Lockdown berichten alle Blätter, sondern auch über die Umfrage zur Schulpolitik des Landes. Gleichschaltung, Systempresse? Nichts von dem: Die baden-württembergischen Tageszeitungen – 78 Titel mit 1,6 Millionen Auflage – haben sich zusammengetan, um vor der Landtagswahl nachzufassen und nachzufragen. Um zu zeigen, dass eine transparente Demokratie nicht ohne Zeitungen funktioniert. Schon der erste Bereich Bildung sollte der Politik zu denken geben – und der Kultusministerin ganz besonders. Das Krisenmanagement an den Schulen sehen 57 Prozent kritisch. Noch ärger sieht es bei der Digitalkompetenz der Lehrer aus: Die halten 69 Prozent für unzureichend. Ein Armutszeugnis nicht nur für diese Regierung. Dass ein Drittel der Befragten die Spitzenkandidatin der CDU nicht einmal kennt, ist da fast Nebensache.

Wahlwahnsinn

Von Andy Warhol stammt das Bonmot: „In der Zukunft wird jeder 15 Minuten berühmt sein.“ Diese 15 Minuten sind einem Mann aus dem US-Bundesstaat Iowa nicht gut bekommen. Er hatte ein Wahlplakat von Präsidentschaftskandidat Joe Biden geklaut. Die lokale Tageszeitung berichtete darüber in einem kleinen Sammelstück über kleine Verbrechen.

Damit niemand davon erfuhr, griff der Dieb zu einem ungewöhnlichen Mittel: Er klatzte kurzerhand auch die Zeitungen. In Teilen der Region war das

Blatt an diesem Tag in Kiosken und Geschäften nicht mehr verfügbar. Dachte der Mann: Aus den Augen, aus dem Sinn? Wenn ja, hätte er ignoriert, dass dieses Phänomen jemandem auffallen könnte.

Vielleicht leidet der Mann aber auch nur an einer hochinfektiösen Krankheit, die allerdings nicht mit C beginnt und weitestgehend auf die USA beschränkt ist: Mad Election Disease, zu Deutsch: Wahlwahnsinn. In der Hauptstadt Washington D.C. ist die Krankheit

schon lange außer Kontrolle, ein besonders hartnäckiges Cluster findet sich in einem großen weißen Haus in der Pennsylvania Avenue. Doch auch der südöstlichste Bundesstaat, Heimat aller Florida Men, bleibt nicht verschont. Dort klatzte ein 26-Jähriger einen Bulldozer, um in der Nachbarschaft herumzufahren und Plakate von, Sie ahnen es, Joe Biden umzufahren. Immerhin: Ein Impfstoff könnte am 4. November auf den Markt kommen.

Dominik Guggemos

Kulturhauptstadt Votum für Chemnitz

Berlin. Chemnitz soll „Kulturhauptstadt Europas 2025“ werden. Das teilte die Vorsitzende der mit der Entscheidung beauftragten europäischen Jury, Sylvia Amann, mit. Im Anschluss an die Empfehlung wird die Kulturministerkonferenz im Einvernehmen mit Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) bis Ende 2020 die Gewinnerstadt offiziell ernennen. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) äußerte sich hochofreut

Lkw-Maut EuGH kippt Berechnung

Luxemburg. Deutschland darf bei der Berechnung der Lkw-Maut nicht die Kosten für die Verkehrspolizei einbeziehen. Die Polizei falle unter hoheitliche Befugnisse des Staates und nicht unter Betriebskosten. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg am Mittwoch im Streit zwischen einer polnischen Spedition und der Bundesrepublik über die Rückerstattung von Mautgebühren entschieden. [Wirtschaft](#) *afp*

